

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 20,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. ...

Die schlesische Kompartiments- oder deren Raum kostet 5,- M. einschließlich ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Waffen- und Munitionskontrolle

Von Kurt Rosenfeld.

Die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und Polen schreiten kaum vorwärts. Immer weiter wird von den beiden kriegsführenden Mächten zu neuen Kämpfen gerüstet und es steht nicht aus, als ob der Abschluß des Friedensvertrages zu erwarten wäre. Infolgedessen bleibt es eine wichtige Aufgabe der deutschen Arbeitererschaft, der Regierung auf die Finger zu sehen und als Wächter der Neutralität Deutschlands dafür zu sorgen, daß Waffen und Munition nicht durch Deutschland nach Polen transportiert werden. Es ist die erste Pflicht der brüderlichen Solidarität, die das deutsche Proletariat gegenüber der russischen Arbeitererschaft empfindet, strengste Kontrolle über Waffen- und Munitionstransporte auszuüben. Polen darf in diesem Angriffskrieg gegen Rußland keinerlei Unterstützung finden, die vom deutschen Proletariat bereitwillig werden kann.

Die Transporte auf Eisenbahn- und Wasserstraßen bedürfen der strengsten Kontrolle durch die Arbeitererschaft auch deshalb, weil die Konterrevolution jedes Mittel benützt, um ihre Organisationen zu bewaffnen. Die lange aufgelösten, aber immer noch bestehenden Einwohnerwehren, die Ortschaften und die sonstigen Verbände, die heimlich die Bewaffnung des Bürgertums betreiben, sind unermüßlich dabei, von überall her Waffen und Munition herbeizuschaffen, um die reaktionären Organisationen mit Kampfmitteln zu versehen. Auch diese Waffen- und Munitionstransporte erfordern eine unangefochtene Kontrolle aller Verkehrsmittel.

Schutz der Neutralität Deutschlands! Schutz der Republik Deutschland! Unter diesen Parolen haben die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen das Proletariat, die deutschen Arbeiter, zum Kampf aufgerufen. Und nicht vergebens. Sofort setzte überall die Kontrolle der Arbeitererschaft ein. Bald aber begann auch die Regierung solche „Uebergriffe“, solche „Nebenregierungen“ zurückzuweisen.

Eine Regierung, die ernstlich neutral bleiben, die nicht nur eine papierne Neutralitätserklärung abgeben, sondern wirkliche Neutralität durchzuführen wollte, hätte das Eingreifen der Arbeitererschaft begrüßen müssen. Nicht so die deutsche Regierung. Anfangs verhandelten sie mit den politischen und gewerkschaftlichen Vertretern der Arbeitererschaft. Schnell aber, aufgepeitscht durch die gesamte bürgerliche Presse von der „Deutschen Tageszeitung“ bis zur „Vossischen Zeitung“, befand sich die Regierung auf den Herrenstandpunkt: Der Reichsverkehrsminister Gröner lehnte ab, die aus Vertretern von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen bestehende Kommission auch nur zu empfangen. Das war für unsere Genossen keine Ueberraschung, noch weniger eine Enttäuschung. Sie hatten sich von vornherein nicht an die Regierung gewendet und sich nicht auf die Regierung verlassen, vielmehr an die Arbeitererschaft appelliert und mit der Regierung nur verhandelt, soweit es unbedingt notwendig war. Die ablehnende Haltung der Reichsregierung zeigte, wie richtig wir die Regierung eingeschätzt hatten. Wenn trotzdem in der kommunistischen Presse geschrieben wurde, daß die Reichskommission mit der Regierung einen „Burgfrieden“ geschlossen habe, so war das bärer Unfuss. „Burgfrieden“ gegen die Reichsregierung konnten und kam im Kampf gegen die Arbeitererschaft durch die wollten unsere Genossen die Kontrolle des Verkehrs durch die Arbeitererschaft durchsetzen. Als Herr Gröner durch seine bekannten Erkläre die Arbeiter bei der Kontrolle ausscheiden wollte, hat die Reichskommission gegen die ministeriellen Verordnungen scharf Stellung genommen und die Arbeitererschaft aufgefordert, nach wie vor schärfste Kontrolle auszuüben.

Freilich eine Einschränkung hat sich die Eisenbahnkontrolle der Arbeiter gefallen lassen: da nämlich der wirkliche Herrscher in Deutschland, die Entente, dreinreden kann, ist die Arbeitererschaft heute noch nicht in der Lage, ihre Interessen rücksichtslos zur Geltung zu bringen. Nach dem Friedensvertrag von Versailles und nach den auf Grund dieses Vertrages zwischen der Entente und Deutschland abgeschlossenen Vereinbarungen muß Deutschland eine gewisse Anzahl von Zügen mit Truppen, Waffen und Munition Deutschland passieren lassen. Es sind dies die Transporte für die Besatzungstruppen der Entente in den von ihr besetzten deutschen Gebieten. Kaum hatte die Eisenbahnkontrolle der Arbeitererschaft eingesetzt, kaum waren Ententezüge auch nur auf einige Stunden festgehalten worden, da kamen schon aus Paris Noten der französischen Regierung, in denen die Entente mit allen möglichen Maßnahmen drohte, wenn die Entente weiter belästigt werden. Die französische Bourgeoisie lauert ja nur darauf, einen Vorwand zu bekommen, um das Ruhrrevier zu besetzen oder in andere deutsche Gebiete einzudringen zu können. Damit mußte und muß auch die Arbeitererschaft rechnen. Ganz gewiß ist uns der Friedensvertrag von Versailles kein Heiligum. Ganz gewiß wird dieser Vertrag eines Tages nicht mehr bestehen bleiben können. Aber heute ist es noch anders. Heute muß die Arbeitererschaft auch in ihrem ungestümen Verlangen, Sowjetrußland zu helfen, diesen Friedensvertrag im Auge behalten. Wer hätte das Glend verantworten können, das durch

Eisenbahner und Kartoffeltransporte

Ein Erlass gegen die Eisenbahner

„RTB.“ meldet amtlich:

Der Reichsverkehrsminister hat folgenden Erlass an alle Direktionen der Reichseisenbahnen gerichtet:

„Aus allen Teilen des Reiches gehen mir Meldungen und Beschwerden von Interessenten zu, daß Eisenbahnbeamte und -arbeiter, Gewerkschaften und Betriebsräte in die Beförderung der Herbstkartoffeln eingreifen, die Bestellung von Wagen hierfür verweigern oder von dem Nachweis nichtbedürftiger Genehmigung abhängig machen. Beamte und Betriebsräte haben sogar verlangt, daß mit dem Versand von Kartoffeln erst begonnen werde, wenn die Eisenbahner des betreffenden Ausgabegirts selbst mit Kartoffeln eingedeckt seien. Ein derartiges eigenmächtiges Vorgehen von Beamten und Arbeitern der Eisenbahn kann unter keinen Umständen geduldet werden; es muß den normalen und ruhigen Verlauf innerer unserer Volkswirtschaft fördern und katastrophale Wirkungen namentlich für die Bewohner großer Städte und derjenigen Gebiete nach sich ziehen, die selbst keine Kartoffeln anbauen können. Es ist also auch vom menschlichen Standpunkt nicht zu billigen, wenn die Eisenbahner nur an sich denken. Es kann auch nicht gebilligt werden, daß als Vorwand für den Eingriff die beabsichtigte Ausfuhr gewisser Kartoffelmengen behauptet wird. Es ist Sache der hierfür zuständigen Behörden, zu entscheiden, ob eine derartige Ausfuhr zugelassen werden muß; meist ist sie notwendig im Interesse der Einfuhr lebensnotwendiger, ausländischer Artikel. Ich veranlasse die Eisenbahndirektionen, sämtliche Dienststellen und Bediensteten eingehend von Vorstehendem zu unterrichten und über die Folgen ihrer Handlungen aufzuklären. Ich habe das Vertrauen zu den Bediensteten, daß sie sich den vorstehenden Gründen nicht verschließen werden. Sollte dies nicht gelingen, müssen auch im Interesse der Staatsautorität die Eisenbahndirektionen eingreifen, um die Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln nicht ernstlich zu gefährden.“

Der Erlass geht insofern von unrichtigen Voraussetzungen aus, als er annimmt, daß die Eisenbahner nur in ihrem eigenen Interesse handeln. Das ist aber, soweit uns bekannt, durchaus nicht der Fall. Die Eisenbahner wollen durch ihren Druck auf die Erzeuger das nachholen, was die Regierung versäumt hat: nämlich die Verhinde-

rung der Wucherpreise die die Erzeuger für die Kartoffeln nehmen. Wir halten deshalb den Erlass des Ministers für durchaus unangebracht, trotzdem wir bereits neulich dargelegt haben, daß die Verhinderung von Transporten uns nicht als das zweckmäßigste Mittel zur Herabdrückung der Kartoffelpreise erscheint. Der Verkehrsminister sollte, anstatt seinen Zorn gegen die Eisenbahner loszulassen, seinen Einfluß auf den Ernährungsminister ausbieten, damit dieser für die Herabsetzung der Kartoffelpreise sorgt.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter

SR. London, 21. September.

Ein offizielles Communiqué über die letzte Konferenz mit dem Bergarbeitern besagt, daß Verne neuerlich einen berechneten Appell an die Bergarbeiter gerichtet hat, ein unparteiisches Schiedsgericht anzunehmen, das die Frage der Lohnerhöhung regeln soll. Die Bergarbeiter aber bleiben bei ihrer Weigerung. Sie erklären, daß die Regierung alle Unterlagen besitze und selbst in der Lage sei, zu entscheiden. Weiter erklären sie, daß, wenn die Lohnforderungen nicht bewilligt würden, es ihnen unmöglich sei, auf dem morgigen Bergarbeiterkongreß die Fortsetzung der Arbeit zu empfehlen.

SR. London, 21. September.

Trotzdem nur noch vier Tage bis zum Erlöschen des Kündigungstermins der Bergarbeiter fehlen, ist die Lage ernster als je. Alles hängt von der heutigen Konferenz ab, über die die Blätter je nach ihrer Parteirichtung die widersprechendsten Prognosen stellen. Nicht der Untersekretär des Bergarbeiterverbandes, erklärte in Manchester, daß die Verträge, die mit Rücksicht auf den Streik geschlossen worden sind, vorläufig zurückgezogen werden, da man in Erwartung neuer Vorschläge von einer der beiden Parteien ist und weil danach eine zweite Abstimmung abgehalten werden muß. Jeder Versuch, den Streik Dals über Kopf durchzusetzen, würde zu einem allgemeinen Chaos führen.

Man hat allgemein den Eindruck, daß die Verbände der Eisenbahner und Transportarbeiter einen maßgebenden Einfluss ausüben und sie ihren Einfluss auch auf die Führer der Bergarbeiter geltend machen. Diese Verbände haben sich damit einverstanden erklärt, entsprechend den Richtlinien, die den Arbeitern angegeben worden sind, zu vermitteln.

neuen Krieg, durch neue Blockade über das deutsche Volk gekommen wäre.

In der kommunistischen Presse kann man lesen, daß die von der Arbeitererschaft eingesetzte Reichskommission vor der Entente zurückgewiesen sei, daß eine unbedingte Gefahr internationaler Verwicklungen gar nicht gegeben sei, wenn auch Ententezüge angehalten würden. Jede Gefahr kann auch die kommunistische Presse nicht leugnen. Wenn aber solche Gefahr vorhanden ist, dann müssen verantwortliche Arbeiterführer sich wohl überlegen, ob sie für das deutsche Volk eine solche Gefahr herausbeschwören können. Wer nicht gedankenlos schwätzt, sondern vernunftgemäß handelt, muß angesichts solcher Gefahren und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation in diesem Augenblick alle Komplifikationen mit der Entente vermeiden.

Deshalb kam die Reichskommission zu dem Beschluß, bei den Ententezügen sich damit zu begnügen, daß sie als solche besonders kenntlich gemacht werden. Beim Eintritt dieser Züge in deutsches Gebiet wird von den Vertrauensleuten der Arbeitererschaft kontrolliert, ob es sich wirklich um Transporte handelt, die Deutschland nach den mit der Entente getroffenen Abmachungen durchlassen muß. Ist diese Kontrolle erfolgt, dann dürfen diese Ententezüge unterwegs nicht mehr angehalten werden. Natürlich nur die Züge, die wirklich Ententezüge sind.

Die deutsche Arbeitererschaft, die mit aller Energie die Waffen- und Munitionstransporte kontrolliert, darf schließlich erwarten, daß auch die französischen und englischen Arbeiter unter Berücksichtigung der durch den Friedensvertrag geschaffenen Lage Deutschlands ihre Pflicht gegen Rußland tun und dafür sorgen, daß verdächtige Transporte gar nicht erst nach Deutschland hineingelangen. Es wird Sache der Reichskommission sein, durch internationale Verhandlungen die französischen und englischen Arbeiter zu veranlassen, mehr wie bisher für Sowjetrußland einzutreten.

Uebrigens hat die Entente, wenn sie Polen helfen will, gar nicht mehr nötig, die Transporte durch Deutschland laufen zu lassen. Ueber Danzig steht der Entente der Weg nach Polen offen. Wozu sollte sie die Transporte erst Schwierigkeiten auf dem Wege durch Deutschland aussetzen! Es sind auch, wie wiederholte Feststellungen ergeben

haben, nur verhältnismäßig kleine Transporte, die durch Deutschland gehen. Durch sie wird an der militärischen Situation Polens nichts geändert. Bei dem ungeheuren Waffen- und Munitionsverbrauch, den der moderne Krieg erfordert, spielen die kleinen Quantitäten Waffen und Munition, die Polen auf dem Wege über Deutschland bekommen kann, gar keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Anders in der Agitation der Kommunisten. Man haucht die Bedeutung der Ententezüge auf. Die K. P. D. will die deutsche Arbeitererschaft in einen Krieg mit der Entente verwickeln, weil sie glaubt, dadurch Sowjetrußland zu helfen. Wer den Krieg will, mag für das Anhalten der Ententezüge eintreten, wer aber Deutschland in diesem Augenblick einen neuen Krieg ersparen, wer solch abenteuerliches Beginnen vermeiden will, muß notgedrungen die Ententezüge respektieren.

Die Tätigkeit der Reichskommission und die Kontrolle der Bezirkskommissionen und der Eisenbahnerbetriebsräte beweist, daß auch unter Anerkennung dieser Einschränkung zum Schutze der Neutralität, zum Schutze der Republik viel geleistet werden kann. Gewiß kann noch mehr geschehen! Und wir wünschen dringend, daß noch viel mehr geschieht. Die Betriebsräte der Eisenbahner, die im Einvernehmen mit den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeitererschaft die Kontrolle ausüben, müssen immer schärfer zupacken, wo verdächtige Transporte auftauchen. Die Eisenbahner müssen die Kontrollkommission in der übrigen Arbeitererschaft und diese wiederum müssen die Eisenbahner unterstützen. Es genügt auch nicht die Kontrolle des Verkehrs. Die Betriebsräte müssen die Herstellung von Munition strengstens überwachen, die gesamte Arbeitererschaft muß geschlossen zusammenarbeiten.

Reider droht dieser Geschlossenheit der Arbeiterorganisationen neue Gefahr. Nachdem schon anfänglich die Kommunisten die Bewegung zersplittert haben, finden sich jetzt Mitglieder der U. S. P. D., die, von ihrer Tätigkeit in der Kontrollkommission nicht befriedigt, die Spitze ins Korn werfen, sich aus den Kommissionen zurückziehen und womöglich noch glauben, damit der Arbeiterkampf in Rußland einen Dienst zu erweisen. So hat jetzt der Genosse Wegmann als Vertreter der Zentrale der Betriebsräte seine Tätigkeit in der Berlin-Brandenburger Kontrollkommission eingestellt. Ganz verkehrt! Genosse Wegmann beklagt sich

darüber, daß diese Kommission nicht all seinen Anregungen gefolgt ist. Mag sein! Aber deshalb durfte er doch nicht seine Arbeit einstellen, sondern um so mehr war es seine Pflicht, an der Durchführung der Verkehrskontrolle mitzuarbeiten. Als Mitglied unserer Partei hätte er sich mindestens vorher mit den Vertretern unserer Partei in der Reichskommission in Verbindung setzen müssen, bevor er die Arbeit in der Berlin-Brandenburger Kommission hinwarf. Wegmann folgt anscheinend der „Hamburger Volkszeitung“, die unsere Parteileitung auffordert, ihre Vertreter aus der Kontrollkommission zurückzuziehen. Das Zentralkomitee hat sich mit unserer Stellung zur Waffen- und Munitionskontrolle beschäftigt und das Verhalten unseres Vertreters in der Reichskommission gebilligt. Nicht ein einziges Mitglied des Zentralkomitees hat beantragt, daß unser Vertreter aus der Kommission ausscheiden soll. Wir sind sicher, daß die Genossen das gutheißen werden.

Jetzt fordert Wegmann plötzlich politische Arbeiter räte zur Durchführung der Verkehrskontrolle. Als ob die Wahl von politischen Arbeiterräten irgend etwas an der politischen Machtverteilung änderte! Die ganze Frage der Verkehrskontrolle ist eine Machtfrage. Die Arbeiterschaft hat die Macht im Augenblick nicht. Also kann sie die Verkehrskontrolle nicht mit der Schärfe durchführen, wie sie es möchte. Wenn wir die Machtfrage aufwerfen, müssen wir entschlossen sein, den Kampf um die Macht mit allen Mitteln, über die wir verfügen, sofort aufzunehmen. Das wird geschehen, wenn die Situation für die Arbeiterschaft günstiger ist. Im Augenblick ist das aber nicht der Fall. Deshalb ist es sinnlos, an die Beurteilung der gegenwärtigen Aktion zur Durchführung der Verkehrskontrolle unter Gesichtspunkten heranzutreten, die nur berechtigt wären, wenn wir die Macht bereits erobert hätten.

Die Selbsterziehung der Arbeiter, die augenblicklich gerade von denen getrieben wird, die jetzt die politischen Arbeiterräte fordern, macht es nicht nur unmöglich, macht es sogar lächerlich, jetzt politische Arbeiterräte wählen zu lassen.

Die wirksame Durchführung der Waffen- und Munitionskontrolle hängt nicht von den Kontrollkommissionen ab, die nur Anweisungen geben können, sondern lediglich von der Arbeiterschaft selbst.

Wir appellieren an die deutschen Arbeiter, die Eisenbahn-, Transport- und die Munitionsarbeiter: Die Augen auf und fest zugepackt!

Verhindert die Herstellung und Transporte von Waffen und Munition!

Die Produktionskontrolle in Italien

Der Verhandlungsführer im italienischen Metallarbeiterkonflikt, Genosse d'Aragona, hat dem römischen Vertreter des „Berl. Tageblattes“ eine Reihe interessanter Aufschlüsse über das Ergebnis der Arbeiterkämpfe in Italien gegeben. Auf die Frage über seine Eindrücke von dem nun zustandekommenen Abkommen erwiderte d'Aragona, er und wohl sämtliche Genossen seien sehr befreudigt, denn die sozialistische Bewegung, die freilich nicht aufhören werde, ihrem Endziel zuzustreben, habe einen wichtigen Schritt vorwärts getan und einen großen Sieg errungen. Die Fabrikkontrolle müsse eine zweifache sein: erstens innere Kontrolle innerhalb jeder Fabrik, zweitens allgemeine Kontrolle der Arbeitsinsubordinate über die Gesamtproduktion. Dieser über dem ganzen Fabrikwesen thronenden Oberkontrolle müssen unterstehen die Bilanz des Kapitals, Finanzoperationen, Ankauf der Rohstoffe, Produktion und Verkauf der Ware.

Auf die Frage, ob dieser Apparat die Industrie nicht erschweren müsse, antwortete d'Aragona: „durchaus nicht!“ Es handle sich lediglich um die Verhinderung unerbittlicher Spekulation. Ehrliche Spekulation solle nicht angefaßt werden. Was die Befehle der Fabriken durch die Arbeiter betreffe, so erblickten die meisten Arbeiter darin nur ein Mittel zum Zweck, nicht zum Selbstzweck. Die Räumung werde wohl überall glatt vor sich gehen, nur eine kleine Minderheit von Hühnern dürfe der Räumungsorder nicht gehorchen wollen, doch handle es sich jedenfalls nur um eine kleine Minderheit. Auf die Frage: „Wird nun zwischen der Industrie und der Arbeiterschaft Frieden geschlossen werden?“ antwortete d'Aragona: „Die Arbeiterschaft wird natürlich den prinzipiellen Kampf für die Sozialisierung fortsetzen. Sind aber die Industriellen klug, so halten sie sich von der Reaktion fern, und ein erträgliches Verhältnis ohne gegenseitige Verbitterung wird möglich werden.“ „Und Giolitti?“ „Giolitti hat eine ungeheure schwere Lage vorgefunden, aber er war der Mann, welchen der Augenblick erheischte. Er hat die Zeit und die neuen Bedürfnisse begriffen. Uebrigens hätte er gar nicht anders handeln können, als er gehandelt hat.“

Zum Schluß kündigte Genosse d'Aragona an, daß die sozialistische Fraktion beim Zusammentritt der Kammer an die Wachsamkeit der Arbeiterschaft appellieren werde, um etwaigen reaktionären Maßnahmen zu begegnen.

Aus Äußerungen führender italienischer Blätter ist zu ersehen, daß das Bürgertum sich, angesichts der Gefährdung der Arbeiterklasse, mit dem ihm gemachten Zugeständnissen, so gut es geht, abzufinden sucht. „Corriera della Sera“ vom 16. 9. schreibt:

„Die Arbeiterkontrolle über die Fabriken hat im Grunde genommen ein hohes und edles Ziel: den Arbeitern die Freude an der Arbeit, das Interesse an der Produktion wiederzugeben. Die Arbeiter glauben, dieses Mittel in der Betriebskontrolle gefunden zu haben. Die Industriellen zweifeln daran. Aber da auch sie dasselbe Ziel erreichen wollen, mögen sie den Versuch mit Aufrichtigkeit und Opferbereitschaft unternehmen. In wirtschaftlichen Dingen haben nur feste Tatsachen und nicht die Lehren der Wissenschaft die Kraft, Menschen zu überzeugen.“

Auch der „Secolo“ vom gleichen Tage kann sich eines ähnlichen Eindrucks nicht erwehren.

„Wir befinden uns — schreibt er — in dem Inkubationsstadium einer neuen Rechtsauffassung der Einrichtung des Eigentums. Giolittis positive Haltung gegenüber der proletarischen Befehle der Fabriken wird dadurch erklärt. Die Arbeiter haben sich gegen die Uebermacht des Kapitals, das zur Waffe der Aussperrung gegriffen hatte, verteidigt. Unter dem Druck sozialer Notwendigkeiten hat das Eigentumsrecht seine bedeutende Beschränkungen erfahren. An der Verwaltung der Fabrik müssen, wenn man die Arbeit als einen dem Kapital und der Unternehmung gleichgestellten Faktor betrachtet, die Arbeitervertreter teilnehmen.“

Diese Äußerungen klingen recht vernünftig und einsichtsvoll. Sie werden aber das italienische Proletariat nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die jetzt errungenen Produktionskontrolle nur eine Etappe auf dem Wege zur Eroberung der politischen Macht und zur Verwirklichung des Sozialismus bedeutet.

Eine Erklärung der Schweizer Genossen

Das Zentralkomitee der U.S.P. erhielt von der sozialistischen Partei in der Schweiz das folgende Schreiben:

Werte Genossen!
Aus der „Freiheit“ Nr. 377 vom 10. September und aus Mitteilungen des „Baseler Vorwärts“ entnehmen wir, daß Genosse Regierungsrat Schneider aus Basel anläßlich einer Funktionärsversammlung der U.S.P. in Berlin unter anderem erklärt haben sollte, das Schreiben der schweizerischen Geschäftsleitung bewege gar nichts, da diese in ihrer Mehrheit gegen den Anschluß an die dritte Internationale sei, sie sei es auch gewesen, ohne die Anschlußbedingungen zu kennen.

Im übrigen soll Genosse Schneider die Ueberzeugung ausgesprochen haben, daß die Erklärung der Geschäftsleitung vom Parteivorstand desavouiert werde und daß die Mehrheit der Parteimitglieder für den Anschluß sei.

Regierungsrat Schneider hat damit Behauptungen aufgestellt, die zum Teil der Wahrheit widersprechen, zum Teil durch die bisherige Erfahrung als sehr zweifelhaft betrachtet werden müssen. Genosse Schneider weiß, daß im Gegenfall zu seiner Behauptung, vor dem Bekanntwerden der Beitrittsbedingungen die Mehrheit der Geschäftsleitung der Partei für den Anschluß an Moskau war, daß dagegen im Parteivorstand seinerzeit der bedingte Beitritt mit nur 20 gegen 18 Stimmen beschloffen wurde, ferner, daß im September letzten Jahres der bedingungslose Beitritt in einer Urabstimmung, an welcher sämtliche Parteimitglieder sich beteiligen konnten, mit 14 612 Stimmen gegen 8 722 und 300 leere abgelehnt wurde.

Diese Feststellungen dürften genügen, um den Wert der Erklärungen Regierungsrat Schneiders auf das richtige Maß zurückzuführen.

Mit Genossengruß
für die Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz
der Präsident: Reiwand.
der Sekretär: Aug. Suggler.

Die Kandidatur Millerands

Paris, 21. September.

Im Laufe des Tages haben sich heute die meisten Kammergruppen für die Kandidatur Millerand ausgesprochen. Uebrigens besteht nur darüber, ob die übliche Vorabstimmung morgen abend stattfinden soll. Die radikale sozialistische Gruppe besteht auf dieser Abstimmung. Die linksrepublikaner wollen sich unter Umständen anschließen. Die übrigen Gruppen bekämpfen die Vorabstimmung. Im Senat hat sich die demokratische Fraktion, die unter Führung von Combes und Doumergue steht, heute versammelt und eine Entschließung angenommen, in der erklärt wird, sie bekämpfe die Absicht, eine Politik zu pflegen, die darauf hinausläuft, die Macht des Episcops an die Stelle des Parlaments zu setzen.

Politik und Geschäft

Die „Magdeburgische Zeitung“, früher im national-liberalen Fahrwasser segelnd, machte, als die Revolution dem alten Nationalliberalismus ein Ende bereite, in demokratischer Politik wieder verfaßt. Die „Magdeburgische Zeitung“ hat mit dem Zurückgehen der Demokratischen Partei auch wieder ein Haar in deren Politik gefunden. Deshalb erklärt sie jetzt, daß sie seinerzeit, als sie der demokratischen Partei ihre publizistische Hilfe geliehen habe, nicht „dem Juge des Verzens“ gefolgt sei, sondern daß ihre Schwankung „das Ergebnis des kühl abwägenden politischen Verstandes“ gewesen sei. Jetzt, da „die besonderen Verhältnisse vor der Wahl zur Nationalversammlung nicht mehr beständen“, ziehe sie daraus die Konsequenzen und werde fortan eine Politik unabhängig von jeder Partei treiben.

So hofft sie offenbar noch am ehesten, Geschäfte machen zu können. Den Demokraten ist auch dieses Blatt verloren gegangen. Was sonst noch zu tun ist, um die Oeffentlichkeit durch die Presse antimoderne, kapitalistisch-national zu betödeln, das beforgt Stinnes, für den Politik und Presse-Unternehmungen dasselbe sind, wie für die „Magdeburgische Zeitung“ Geschäft und Demokratie.

Die Arbeitslosigkeit in Sachsen

21. Dresden, 21. September.

Die Demonstrationen der Erwerbslosen in Dresden haben zur Folge gehabt, daß sich die zuständigen Behörden eingehend mit den Vorschlägen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit befaßten. Die letzten Tage sind mit Beratungen über dieses Thema ausgefüllt gewesen. Wie die „Telegraphen-Union“ auf Anfrage bei der zuständigen Regierungsstelle erfährt, wird Arbeitsminister Heldt in der morgen, Mittwoch, 1 Uhr zusammentretenden Versammlung des Ausschusses der sächsischen Volkskammer an der Hand ausführlicher statistischer Materialien über den Stand der Arbeitslosigkeit in Sachsen berichten. Voraussichtlich wird auch Arbeitsminister Schwarz von seinem Standpunkte aus das gleiche Thema betrachten. Auch die Stadt Dresden plant praktische Erwerbslosenfürsorge großen Stils.

Schwerer Konflikt im Bergbau

DK. Essen, 21. September.

Auf der Zeche „Nordstern 3/4“ sind zwischen der Betriebsleitung und dem Betriebsrat ernste Mißverständnisse entstanden, die zur Entlassung von Mitgliedern des Betriebsrates geführt haben. Die Betriebsleitung hat in einer Entschließung die Wiedereinstellung der Entlassenen verlangt und fordert weiter die sofortige Entlassung des Betriebsführers. Sie erklärt ferner, daß sie zunächst, vor heute ab, keine Uebersehtungen mehr verfare und sodann nach Ablauf der Woche die Arbeit ganz einstellen würde, wenn bis dahin ihre Forderungen nicht ganz erfüllt seien. In der Zwischenzeit werde man alle umliegenden Bergschaften zu gemeinsamem Vorgehen aufrufen, auf deren Solidarität man heute schon rechnen könne.

Die gestrigen Demonstrationen

Im Lustgarten sind gestern vormittag eine Riesendemonstration der Berliner Arbeitslosen und Kommunisten statt, zu der die Arbeitslosenräte Berlins sowie die K. P. D. und K. A. P. D. aufgerufen hatten. Zweck der Versammlung war, für eine ganze Anzahl politischer Forderungen zu demonstrieren, insbesondere auch die sofortige Einstellung des am Dienstag zur Verhandlung stehenden Prozesses gegen die 24 Genossen aus Weiskopf, sowie die Freilassung aller revolutionären Kämpfer und Niederschlagung aller gegen sie anhängigen Verfahren. Schon lange vor 11 Uhr, der zur Demonstration festgesetzten Stunde, erschienen die Teilnehmer einzeln, in Gruppen und in großen Zügen mit roten Fahnen und Bannern sowie mit Plakaten, auf denen die verschiedenen Forderungen zu lesen waren. Besonders fiel ein Zug auf, der als der der gemienen Gesangenen und Amnestierten bezeichnet war. Um 11 Uhr hatten sich weit über 15 000 Personen schätzungsweise versammelt. Von verschiedenen Stellen aus, so von der Treppe des Doms, der Freitreppe des Alten Museums, sowie von der steinernden Mühle sprachen die Redner zu der Menge. Sie protestierten gegen den in Berlin stattfindenden Prozeß gegen die 24 Weisköpfer Genossen, den sie als eine Justizkomödie vor dem Kassengericht der Bourgeoisie kennzeichneten. Die bürgerliche Gesellschaft liege in den letzten Zuständen und der Tag sei nicht mehr fern, wo das Proletariat die Herrschaft ergreifen werde. Es gelte zu verhindern, daß das Wirtschaftsleben völlig ruiniert werde, so daß das Proletariat, wenn es die Diktatur ergreife, nur einen Trümmerhaufen vorfinde. Eine sehr heftige Kritik mußte sich die K. P. D. und vor allem die Parteileitung der U. S. P. D., die als Parteibonzen bezeichnet wurden, gefallen lassen. Auch die Betriebsrätezentrale mußte sich scharfe Worte gefallen lassen. Sie soll aber aufgefordert

werden, in den nächsten Tagen die in den Fabriken noch tätigen Arbeiter zu einer gewaltigen gemeinsamen Massenaktion mit den Arbeitslosen für dieselben Forderungen zu veranlassen.

Alle Redner warnten auf das dringlichste davor, sich provozieren zu lassen und irgendwelche Putsch zu unternehmen. Nach den Referenzen fand eine Diskussion in demselben Sinne statt. Mit einem Hoch auf die Internationale und die Weltrevolution fand die Demonstration ein Ende.

Die Teilnehmer formierten sich dann zu einem großen Zuge, der durch die Breite Straße zog und Riederuf vor dem Gebäude unserer Zeitung zum Ausdruck brachte. Kleinere Gruppen versuchten in das Gebäude einzudringen, wurden aber von Genossen und Ordnern zurückgehalten. Dann ging es weiter über die Gertraudenstraße, Lindenstraße vor das Gebäude des „Vorwärts“, wo ebenfalls demonstriert wurde.

Ein Reinfall der Staatsanwaltschaft

Gestern fand vor dem Landgericht I der Prozeß gegen den Genossen Fritz Stöffinger, den verantwortlichen Redakteur der „Freien Welt“, wegen des Weisköpfer Matrosenbildes statt. Der Prozeß endigte mit einer vollständigen Niederlage der Staatsanwaltschaft. Genosse Stöffinger wurde freigesprochen, der Staat trägt die Kosten. Wir bringen den Bericht im Abendblatt.

Obstruktion gegen das Kirchensteuer-Gesetz

Die Preussische Landesversammlung sollte gestern nachmittag in 3. Beratung das neue Kirchensteuergesetz verabschieden. Da dieses Gesetz den bestehenden Zustand erheblich verschlechterte, insbesondere die Steuerpflicht noch ein Jahr nach dem Austritt festsetzte, waren die sozialistischen Fraktionen der Meinung, daß die Anhänger der Verschlechterung auch selber dafür zu sorgen hätten, daß ihre eigenen Leute zur Stelle seien. Zu diesem Zwecke war namentliche Abstimmung beantragt worden. Bei dieser Abstimmung verließen die Mitglieder der rechtssozialistischen wie die unserer Partei den Saal und führten so die Beschlußfähigkeit des Hauses herbei. Bei der Auszählung der Stimmen ergab sich, daß 169 Abgeordnete gestimmt hatten, während zur Beschlußfähigkeit 221 Mitglieder notwendig sind. Der Präsident setzte eine neue Sitzung auf 3 Uhr fest. Voraussichtlich kann die Schlussabstimmung nicht erfolgen, sie wird erst möglich sein, wenn die Freunde des Gesetzes sicher sind, die zur Beschlußfähigkeit des Hauses notwendige Zahl der Abgeordneten beisammen zu haben. Ob und wann sie dahin kommen werden, steht dahin.

Preussische Landesversammlung

154. Sitzung vom Dienstag, den 21. September.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen. Unter anderem wird auf eine Anfrage wegen Zulassung von Volksschullehrern zum Amt eines Schöffen und Geschworenen erwidert, daß ein Gesetzentwurf vorbereitet werde.

Die Vorlage über Umlegung von Grundstücken wird in dritter Lesung gegen die Stimmen der Rechtsparteien angenommen.

Zur dritten Beratung des Kirchensteuergesetzes findet keine Aussprache statt. Bevor die namentliche Gesamt- abstimmung über das Gesetz begann, verließen beide sozialdemokratische Parteien den Saal. Es blieben nur 169 Abgeordnete zurück, von denen 166 mit Ja und 3 mit Nein stimmten. Das Haus war also beschlußunfähig. Präsident Reinert berief die nächste Sitzung auf 3 Uhr ein.

Die Vorlage über die Verlängerung der Verordnung betreffend das vereinfachte Enteignungsverfahren wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Kunmehr folgt die erste Lesung des Ergänzungshaushalts, wonach der Etat bis zum Dezember 1920 ausgedehnt werden soll.

Abg. Kippel (Dnat.): Die Vorlage ist ein Beweis für die Arbeitsunfähigkeit dieser Versammlung, die in anderthalb Jahren noch nicht einmal die Verfassung erledigt hat.

Abg. Ludwig (U. So.): Gibt es noch größere Heuchler als die, welche früher jedes Verlangen des Volkes nach Aenderung seines Willens unterdrückt haben und jetzt nach der Stimme des Volkes rufen. Wir haben schon vor langem Neuwahlen beantragt. Die Verzögerung dieses Antrages ist nicht unsere Schuld. Uebrigens hat das preussische Parlament gar keine Befähigung; wir sind ja nur Kolligänger des Reiches. (Zust. b. d. U. So.) Wir müssen endlich zum Einheitsstaat kommen. Wir als Oppositionspartei können der Vorlage nicht zustimmen. (Beifall bei den U. So.)

Abg. Hauschild (So.): Selbstverständlich wird meine Fraktion dem Notetat zustimmen. Wenn Herr Kippel hier eine große politische Debatte heraufbeschwören möchte, so tut er das nur aus wahlagitatorischen Gründen. (Widerspruch rechts.)

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Der Antrag Weber (So.) über Befähigung und Bereidigung von Bürgermeistern, Beigeordneten und Schöffen geht an die Gemeindeforschungskommission zurück. — Der Antrag Hammer (Dnat.) über Entschädigung der Tierhalter für gefallene Tiere wird entsprechend dem Antrage des Ausschusses in zweiter Lesung angenommen, nachdem Abg. Schmidt-Röpench (So.) die Zustimmung seiner Partei erklärt hat, da der Antrag wenigstens eine gewisse Erleichterung für die kleinen Tierhalter bringe.

In zweiter Lesung wird der Antrag Graf (So.) über Verbot der privaten Stellenvermittlung ohne Erörterung dem Antrage des Ausschusses gemäß abgelehnt, dagegen der Ausschussantrag angenommen, wonach ein Gesetz über Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise gefördert wird.

Kunmehr begründet Abg. Christange (U. So.) seinen Antrag über Hilfeleistung für die durch Wolfenbruch geschädigten Einwohner Mansfelds und Umgebung.

Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß Mansfeld bereits Unterstützung erhalten habe. Der Gesamtschaden sei aber noch nicht festgestellt. Im Rheinland solle beschleunigt gearbeitet werden, aber auch die Kommunalverbände müssen eintreten.

Der Antrag Christange wird dem Hauptauschuss überwiesen.

Kunmehr folgt der Antrag Graf-Frankfurt (So.), betreffend Ueberweisung entbehrlich gemordener Truppenübungsplätze zu Siedlungszwecken, Ueberweisung von Kasernen zu Wohnzwecken und Verkauf von Heeresbeständen an Kleidung und Schuhwerk an die Kinderbewahranstalten. In Verbindung damit wird der Antrag Martin (Dnat.) beraten, betreffend Verwendung des Truppenübungsplatzes Friedrichsfeld, Landkreis Dinslaken zu Siedlungszwecken.

Abg. Pökel (So.): Die Militärbehörden sind sehr schwer dazu zu bewegen, Militärübungsplätze herauszugeben. Ich erinnere an das Tempelhofer Feld, wo der Antrag der Gemeinde Neutölln auf Errichtung von Spielplätzen usw. vom Reichshofamt abgelehnt wurde. Ebenso ist es mit den Kasernen, die angeblich für die Sicherheitswehr gebraucht werden. Heeresmaterial läßt man vielfach vermodern, statt es für die Bevölkerung nutzbar zu machen. Wir beantragen Ueberweisung an den Siedlungsausschuss.

Abg. Klobt (U. So.): Wir sind für die Anträge. Man macht den Gemeinden bei der Siedlung ungeheure Schwierigkeiten. In erster Reihe müssen Kasernen für Wohnungszwecke frei gemacht werden. Das Heeresgut muß der arbeitenden Bevölkerung zugute kommen.

Die Anträge gehen an den Siedlungsausschuss.

Hierauf verlegt sich das Haus. Gegen den Vorschlag des Präsidenten, morgen die Anträge über Groß-Berlin zu beraten, erhebt Abg. Ludwig (U. So.) Widerspruch. Sein Antrag, diesen Gegenstand morgen nicht zu beraten, wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Anträge über Aenderung des Gesetzes Groß-Berlin.

Ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter

Vor dem Außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommando I in Moabit begann gestern vormittag der Prozeß gegen 24 Mitglieder der Weissenhof kommunistischen Kampforganisation. Wegen Vergehens gegen den § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920 (Teilnahme an verbottenen militärischen Organisationen) sind angeklagt:

1. Metallarbeiter Karl Diebs, 2. Rüstler Paul Dolling, 3. Rüstler Willi Bilsinski, 4. Gastwirt Hermann Dräger, 5. Expedient Fritz Hall, 6. Schlosserlehrling Erich Boh, 7. Töpfer Franz Kaag, 8. Schlosser Ernst Schulz, 9. Tischler Ernst Rehlberg, 10. Arbeiter Ernst Gennal, 11. Sattler Josef Wrbal, 12. Maschinenarbeiter Paul Franz, 13. Werkzeugmacher Richard Göde, 14. Tischler Willi Stern, 15. Rüstler Willi Winter, 16. Dreher Max Burkert, 17. Mechaniker Theodor Pfeiffer, 18. Arbeiter Otto Weidow, 19. Schlosser Wilhelm Dohow, 20. Photograph Otto Jacob, 21. Mülltischer Erich Krüger, 22. Schlosser Ernst Franz, 23. Handlungsgehilfe Arthur Michaels und 24. Tischler Erich Coall.

Der Anklage liegt folgender Sachverhalt zugrunde: In der Nacht vom 21. zum 22. August dieses Jahres überfiel eine Streife der Sicherheitspolizei auf dem Laubengrund an der Grenzstraße in der Nähe des Bahnhofs Weissenhof Mitglieder einer kommunistischen Kampforganisation beim Ausheben eines dort untergebrachten Waffenlagers. Es kam zu einer Schießerei, dabei wurde ein Wachmeister der Sipo auf der Stelle getötet und der Mülltischer Krüger durch einen Schuß in den Rücken verletzt. In den darauf folgenden Tagen wurde eine große Anzahl Weissenhofer Arbeiter verhaftet. Von den Festgenommenen wurden nur einige wieder freigelassen, da der gegen sie gehegte Verdacht sich als grundlos erwies.

Im alten Kriminalgerichtsgebäude in Moabit, wo im kleinen Säumgerichtssaal die Verhandlung stattfand, hatte die Sicherheitspolizei einen scharfen Ueberwachungsdienst eingerichtet. Der Eintritt zum Gebäude war nur gegen Legitimation erlaubt. Auf den Gängen und Treppen waren überall Beamte mit Karabinern postiert. In den Gerichtssaal selbst gelangte man nur nach genauer Kontrolle der Ausweise und nach gründlicher Waffensuchung. Im Zuscherraum, für den nur eine beschränkte Anzahl von Eintrittskarten ausgeben wurde, waren ebenfalls Polizisten in Uniform und Kriminalbeamte in Zivil postiert. Vor Beginn der Verhandlung betreten zwei Krankenwagen den Saal, die auf einer Bahre den Angeklagten Erich Krüger hereintragen, und vor dem Gerichtstisch niederlegen. Krüger wurde aus dem Rudolf Virchow-Krankenhaus, in dem er an den Folgen des in der fraglichen Nacht erhaltenen Schusses darniederliegt, vorgeführt.

Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Dr. Ernst, dem als Zoltrichter Geh. Justizrat Dr. Henckel und Landgerichtsrat Jarmath zur Seite stehen, während als Militärgericht Major Schemmel und Sergeant News, beide vom Reichswehr-Infanterie-Regiment Nr. 5, fungieren. Die Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Kammin. Als Verteidiger fungieren die Rechtsanwälte Dr. Söhneim, Dr. Weinberg und Dr. Lamp und die Justizräte Dr. Braß und Dr. Fränkel. Die Anklage stützt sich auf § 1 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920. Sie lautet:

„Wer frühere oder derzeitige Angehörige der Reichswehr und der Marine, der Freikorps oder sonstiger militärischer Formationen der Sicherheitspolizei oder anderer Wehren zum Angehörigen mit vereinigten Kräften gegen Anordnungen über Aufhebung, Vereinnahmung oder Umfiederung der bestehenden Verbände, auffordert, oder wer solchen Angehörigen oder Widerstand leistet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Gefängnis bestraft. Ebenso wird bestraft, wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer oder politischer Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt.“

Der Beginn der Verhandlung verzögerte sich ungewöhnlich lange, da ähnlich wie im Dresdener Prozeß, der eine militärische Beisitzer, der Sergeant News, nicht erschienen war. Kurz nach 11 Uhr erscheint ein Stellvertreter der Feldwebel Rogge vom Stabschef des Reichswehrgruppenkommandos I. Unter den Angeklagten sind auffallend viel jugendliche. Einige von ihnen scheinen nicht älter als 16 bis 17 Jahre zu sein. Von der Verteidigung und den Anklagevertretern sind 18 Zeugen und die medizinischen Sachverständigen Dr. Kochmann und Medizinalrat Dr. Störmer geladen.

Der erste Zusammenstoß

Gleich zu Beginn der Verhandlung kommt es zu sehr scharfen Zusammenstößen zwischen dem Gericht und den Verteidigern. Rechtsanwalt Weinberg: Ich bitte das Gericht um Auskunft, ob der Verteidigung tatsächlich alles Prozeßmaterial zur Einsichtnahme übergeben worden ist. Ich habe nämlich die Feststellung machen müssen, daß ein Aktenstück den Verteidigern vorenthalten worden ist. Dieses Aktenstück trägt den Vermerk:

Nicht für die Verteidiger bestimmt

Das verstoßt gegen die klaren Bestimmungen der Strafprozeßordnung. Ich muß weiterhin schwer bemängeln, daß der Herr Staatsanwalt den Mitgliedern des Gerichts schon vor der Verhandlung sein Material auf den Tisch gelegt hat, um gewissermaßen das Gericht im ungünstigen Sinne gegen die Angeklagten zu beeinflussen.

Staatsanwalt Kammin: Ich erhebe gegen diese Auslassungen Einspruch. Ich habe den Mitgliedern des Gerichtes nicht ein Plädoyer auf den Tisch gelegt, sondern lediglich Auszüge über die Angeklagten. Was den ersten Vorwurf des Herrn Verteidigers betrifft, daß ihm ein Aktenstück vorenthalten worden sei, so habe ich folgendes zu erwidern: Es handelt sich bei diesem Aktenstück um Ermittlungen meinerseits und um Material, aus Hausdurchsuchungen der Angeklagten stammend, das noch nicht Gegenstand der augenblicklichen Anklage, sondern einer späteren Verhandlung bilden soll. Ich betone, daß das Plädoyer nur für mich bestimmt war und nur durch Zufall in die Hände des Verteidigers gekommen sein kann. — Rechtsanwalt Weinberg: Dieser Auffassung muß ich unbedingt widersprechen. Der Inhalt dieser Akten gehört zweifellos zur heutigen Verhandlung. Ich verweise nur auf den Dreyfus-Prozeß in Frankreich, wo dem Gericht ein Aktenstück vorkam, das die Verteidigung nicht kannte. Diese Tatsache hat damals einen Entsetzenssturm in der ganzen Welt hervorgerufen. — Vorsitz: Ich erkläre den Herren Verteidigern, daß dem Gericht bei der heutigen Verhandlung nur Aktenmaterial zur Verfügung steht, das auch Sie kennen. Ich protestiere dagegen, daß der Herr Staatsanwalt durch seine Auslassungen die Mitglieder dieses Gerichtes nach irgend einer Richtung hin beeinflussen wollen. — Justizrat Braß: Ich bitte den Herrn Vorsitzenden um die Erklärung, ob er das fragliche Aktenstück, in dem der Herr Staatsanwalt neues Anklage-Material gesammelt haben will, eingesehen hat? — Vorsitz: Ich höre in diesem Augenblick zum erstenmal davon. — Rechtsanwalt Söhneim: Bei den Aufzeichnungen, die der Herr Staatsanwalt dem Gericht vor der Verhandlung übergeben hat, handelt es sich, dem Gericht vor der Verhandlung übergeben, um Dinge, die gar nicht Gegenstand der Verhandlung sind. — Rechtsanwalt Fränkel: Wir protestieren gegen diesen Versuch, hier schriftlich zu verhandeln. — Justizrat Braß: Ich komme nochmals um den Fall Dreyfus zurück. Bekanntlich ist damals Dreyfus verurteilt worden, weil in das Aktenmaterial des Gerichtes ein gefälschtes Aktenstück eingeschmuggelt worden ist. Ich bitte um die offizielle Feststellung, ob die Mitglieder dieses Gerichtes in das Aktenstück vorher eingesehen haben. Wir wollen eine Wiederholung des Aktenstückes vermeiden. — Staatsanwalt Kammin: Ich erkläre nochmals, daß dieses fragliche Aktenstück nur für mich bestimmt war, und daß dieses fragliche Aktenstück nur für mich bestimmt war. — Justizrat Braß: Wir klammern uns an das Thema abgekommen und ich bitte nochmals um Erklärung vom Thema abgekommen und ich bitte nochmals um Erklärung der beizuhaltenden Richter, ob sie von dem bewußten Aktenstück Kenntnis hatten? — Die beizuhaltenden Richter verneinen das. — Justizrat Braß: Ich stelle dann den Antrag, daß die Aufzeichnungen des Staatsanwalts, deren Durchschläge den Herren

Richtern übergeben wurden, dem Staatsanwalt zurückgestellt werden. Ich habe nämlich festgestellt, daß in diesen Aufzeichnungen Dinge als feststehende Tatsachen hingestellt werden, die vielleicht gar nicht nachgewiesen werden können. — Vorsitz: Wir werden von diesen Aufzeichnungen des Staatsanwalts keinen Gebrauch machen. — Rechtsanwalt Lamp: Das genügt mir nicht. Ich beantrage Zurückgabe an den Staatsanwalt. — Vorsitz: Das Gericht läßt sich seine Beschlüsse nicht durch die Verteidiger formulieren. — Rechtsanwalt Lamp beantragt einen diesbezüglichen Gerichtsbeschluss. Das Gericht beschließt, nicht in die Aufzeichnungen des Staatsanwalts Einsicht zu nehmen.

Ein Zwischenfall

In diesem Augenblick ereignet sich ein Zwischenfall. Der Angeklagte, Arbeiter General, ein kleiner, bis dahin stumpf vor sich hin blinder Mensch, verläßt plötzlich in Schreie rumpfe Sicherheitspolizisten und die anderen Angeklagten bemühen sich, den wild um sich Schlagenden herauszutransportieren. — Rechtsanwalt Fränkel, der vor dem Kranken sitzt, ruft, indem er sich die Ohren zuhält: Das kommt davon, daß das Gericht trotz meines Protestes den Haftbefehl aufrechterhalten hat. Der Angeklagte wird schließlich aus dem Saal geschafft und Rechtsanwalt Fränkel stellt nochmals den Antrag auf Haftentlassung.

Bei dem Zeugenaustritt ergibt sich, daß Kriminalkommissar Maslak nicht erschienen ist. — Rechtsanwalt Dr. Weinberg erklärt, auf diesen Zeugen nicht verzichten zu können, da er der Haupturheber der ganzen Lokspionage sei. — Medizinalrat Dr. Lampmann äußert sich darauf über den Gesundheitszustand des Angekl. General, den er als schwer hysterisch und geistig schwach bezeichnet. Er beantragte, den G. zur Beobachtung auf seinen Geisteszustand einer Irrenanstalt zu überweisen. — Der Anklagevertreter widerspricht diesem Antrag, während der Verteidiger des General, Justizrat Fränkel, die Zuständigkeit des Gerichtes und damit auch die Möglichkeit einer Beschlußfassung bezweifelt.

Dann ergreift Justizrat Fränkel von neuem das Wort und erklärt in längeren juristischen Ausführungen das Gericht für unzuständig und das Verfahren für unzulässig. Die Bildung von Ausnahmegerichten sei ein Verstoß gegen den Artikel 105 der Reichsverfassung, und alle in dieser Hinsicht getroffenen Maßnahmen des Reichspräsidenten seien daher verfassungswidrig und damit null und nichtig.

Bisher sei die Verordnung vom 30. Mai 1920 weder gegen die Freikorps noch gegen die Dr. gesch in Kraft getreten.

Jetzt hole man sie aus den Wintern hervor, um Arbeiter ins Zuchthaus zu bringen. Die Verteidigung müsse mit aller Kraft gegen diese Tendenzaktion im Gerichtssaal protestieren und bitte das Gericht, sich selbst für unzuständig und das Verfahren für unzulässig zu erklären. — Justizrat Dr. Braß schloß sich in rechtlicher Hinsicht den Ausführungen seines Mitverteidigers an und erklärte dann: Ich teile nicht die Meinung, daß überhaupt Recht noch Gerechtigkeit gesprochen wird. Das soll kein persönlicher Angriff sein. Recht ist nur der Ausdruck des augenblicklichen politischen Machtverhältnisses, der augenblicklichen kulturellen und wirtschaftlichen Struktur. Ganz gleich, ob in einem bürgerlichen oder in einem proletarischen Staate, wie in Rußland, ist die Justiz immer nur eine Klassenjustiz. Nur daß diese Klassenjustiz in Rußland ehrlich zugegeben wird. Ich bin überzeugt, daß das Gericht die beste Absicht hat, Recht zu sprechen, aber es ist objektiv nicht imstande, der Forderung nach einer höheren Gerechtigkeit nachzugeben.

Bis in die Nachmittagsstunden zogen sich die Darlegungen der einzelnen Anwälte darüber hin, daß das außerordentliche Gericht für diesen Prozeß überhaupt nicht zuständig sei. Der Reichspräsident habe mit seiner Verordnung vom 30. Mai einen glatten Verfassungsbruch begangen und ebenso ungesetzlich, wie die Verordnung an sich, seien auch die Ausführungsbestimmungen. An Stelle des Reichswehrministers, der mit der Zusammenlegung dieses Gerichtes beauftragt war, hätte der Reichspräsident auch seinen Sekretär, seine Frau oder seine Köchin beauftragen können. Anstatt der fünf Richter dieses Kollegiums hätte man auch fünf Korporalstudenten, fünf Deutschnationale oder fünf Kommunisten setzen können.

Staatsanwalt Kammin trat, nachdem die Verteidiger in den ersten Nachmittagsstunden geendet hatten, dieser Auffassung der Anwälte entgegen. Es handele sich in diesem Falle nicht um die Verordnung eines vom Cäsarenwahnsinn besessenen Reichspräsidenten, vielmehr sei die Verordnung nachträglich im Parlament, wenn auch gegen die Stimmen der Unabhängigen, genehmigt worden. Ich kann Ihnen versichern, meine Herren, fuhr der Staatsanwalt fort, daß diese Verfügung sich genau so gegen rechtsstehende Persönlichkeiten richtet, mit denen sich die linksstehende Presse Tag für Tag beschäftigt. Ich gehe sogar noch weiter und teile Ihnen mit, daß die Untersuchung gegen diese rechtsstehenden Persönlichkeiten in kürzester Zeit abgeschlossen wird. Sie haben mich gezwungen, das hier auszusprechen, obwohl ich mir bewußt bin, daß dadurch die in Rede stehenden Personen gewarnt werden könnten. Es handelt sich hier nicht um ein Ausnahmegericht, sondern um ein Sondergericht, wie es die Strafprozeßordnung ausdrücklich zuläßt.

Nach abermaligen Erwidrerungen der Verteidiger beantragt der Staatsanwalt, da in der Verhandlung Dinge erörtert werden würden, welche das Staatswohl gefährden, Ausschluß der Öffentlichkeit. — Das Gericht zieht sich daraufhin zur Beratung zurück und verkündet später den Beschluß, daß es sich für zuständig erklärt.

Rechtsanwalt Lamp: Das Gericht hat sich für zuständig erklärt und die Verhandlung muß eröffnet werden. Es wird infolgedessen von der Verteidigung die Zusammenlegung des Gerichtes beantragt. Die Verteidigung bemängelt es, daß in diesem Kollegium ein Vorsitzender, zwei gelehrte Beisitzer und ein Major sitzen, die an der Erörterung des Hauptverfahrens mitgewirkt haben. Der Vorsitzende und Landgerichtsrat Jarmath werden weiter wegen Befangenheit abgelehnt, weil sie ausführliche Vernehmungen der Angeklagten vorgenommen haben, bei denen auch Gegenüberstellungen der Angeklagten stattfanden. Wir ist z. B. ein Fall bekannt, in dem die Frau Frau Hall der Vernehmung ihres Sohnes beiwohnen mußte. — Vorsitz: Welche Vernehmungen soll ich denn vorgenommen haben. — Rechtsanwalt Lamp: Ich kann leider keinen der Angeklagten nennen. — Der Anklage Coall erhebt sich: Ich bin von dem Vorstehenden vernommen worden. — Vorsitz: Das ist ein Irrtum. Das ist völlig unmöglich. Die übrigen Verteidiger haben inzwischen eingegriffen und Coall klargestellt, daß er sich irt und daß er tatsächlich von dem Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Ernst niemals vernommen worden sein kann. — Rechtsanwalt Lamp: Ich bin leider das Opfer eines Irrtums geworden. Herr Landgerichtsrat Jarmath hat den Angeklagten Hall seiner Mutter gegenübergestellt. Ich lehne deshalb den Vorstehenden, die beiden Richterbeisitzer und den Major aus § 23, Landgerichtsrat Jarmath aus Gründen der Befangenheit ab. — Staatsanwalt Kammin: Ich beantrage Glaubhaftmachung der Ablehnung.

Nach kurzer Beratung verkündet der Vorsitzende, daß das Gericht eine Entscheidung über diesen Antrag nicht herbeiführen kann, sondern muß ein anderes Gericht dazu bestelln werden. Da dies erst morgen erfolgen kann, wird die Verhandlung auf Mittwoch, mittags 1 Uhr, vertagt.

Vogel-Strauß-Politik

Wir hatten in Nummer 365 unter der Überschrift „Beamten- und Beamtenmehrerung“ eine Angelegenheit aus dem Preussischen Statistischen Landesamt erörtert, die die Frage der Entlohnung eines Beamten betraf, und im Anschluß daran hatten wir die Erwartung ausgesprochen, daß der Minister Seevering sich zu dieser Sache äußern werde. Es sind seitdem

drei Wochen vergangen, aber bisher ist keine Antwort erfolgt, trotzdem aus unserm Artikel hervorging, daß Herr Seevering sich für ein Disziplinarverfahren eingesetzt hat, das vollständig gescheitert war. Wir wollen aber keine Vogel-Strauß-Politik mehr treiben lassen, denn wir sind der Ansicht, daß mit den verwerflichen Zuständen in den Ministerien endlich einmal aufgeräumt wird. Oder weiß Herr Seevering nicht, daß er als sozialdemokratischer Minister von seinen Geheimräten als Strohpuppe behandelt wird und daß alle reaktionären Pläne von dem bekannten Reaktionär, Unterstaatssekretär Dr. Freund, gesteuert werden? Bei der bevorstehenden Statberatung wird sich vielleicht Gelegenheit finden, mal hinter die Kulissen zu sehen, und es dürften dabei wenig erbauliche Dinge bemerkt werden. Wir wollen heute wieder ein wenig den Vorhang lüften, indem wir eine weitere Zuschrift veröffentlichen, die wir in Erwartung einer Antwort seitens des Ministers Seevering noch aufgeschoben hatten. In dieser Zuschrift heißt es:

Der Herr Minister Seevering hat zu den Veröffentlichungen über das Preussische Statistische Landesamt im „Vorwärts“, Nummer 408, Stellung genommen. Gut ab! vor diesem Vertreter der neuen Republik, der einen Wahrheitsbeweis im Lichte der Öffentlichkeit sucht. Aber — in unserer verdorrenen Zeit ist man vor keiner Ueberdrehung sicher — in der „Richtigstellung“ sind die Kulissen vollends umgestülpt worden. Nichts erinnert mehr an den Weidenspräsidenten, nichts an die schweren Verfehlungen von Mitgliedern und Beamten zum Schaden des Volksganges; es handelt sich nur noch um einen persönlichen Konflikt eines Beamten mit seinem Vorgesetzten.

Hierzu hat die „Freiheit“ jüngst eine Erklärung gebracht, die ich — weil auch ich mich zu rehabilitieren habe — ergänzen muß. 1. Der Herr Minister behauptet, daß meine Angaben „unrichtig“ wären, trotzdem der „Weidens“-Präsident nunmehr öffentlich unverzüglich fixiert ist. Die Tatsache, daß er existiert, die Beamtenhaft ihm ehrlichst wohl dient, er des Herrn Ministers Gewährung in lebenswichtigen Volksfragen ist und gewiß noch historische Bedeutung erlangen wird, richtet meine Wahrheitsstrenge wieder auf.

2. Der Obmann wird in der Richtigstellung als leichtfertig, gewissenlos, unwahr, als ein maßloser Aufsteiger usw. bezeichnet. Dieser Mann konnte natürlich nur mit Vorsicht an den Pranger gestellt werden. Ihm ist denn auch vom Herrn Minister beböden worden, sich jeder weiteren Behuldigungen und förmlicher Anträge gegen die Beamten des Statistischen Landesamtes (zu enthalten). Aneben und prägen tut man aber nur ein böses Tier. (Wenn die S. P. D. ihre Genossen nicht alsbald vom Maulkorb befreit, verdient sie keine weitere Beachtung.)

3. Nach Punkt 3 der Richtigstellung werde ich jedem Leser als ein unerbittlicher Sünder erscheinen. Der Herr Minister verleiht mich! Die „biden Bände“ mit der „übertrieben Zahl von Beweisen“, die dem Ministerium offensichtlich ein Vergehen sind, verlagern mich aber nicht, sondern sie schützen mich. Ihrem Inhalte nach wurde mir 1904 vom Direktor der Geologischen Landesanstalt und Bergakademie meine damalige Beamtenstellung gekündigt. In der Folge wurde einem Kammergerichtsbescheid (1907) eine Gnadenache als Begründung untergeordnet und mir dadurch Gnadenbrot zum Stein, Gnadenstich zur Schlange verwandelt. Weitere Einprüche wurden mit Bedrohung, Freiheitsberaubung, Nötigung usw. unterdrückt. Hier steht in den „biden Bänden“ die Klage geschrieben: Gott schütze uns gnädig vor unserer Obrigkeit! (Die Folgezeit hat meine richtige Erfassung der Situation bestätigt.) Die jüngste Eingabe ist auch schon neun Monate alt, unerledigt, und läuft auf eine Lohnnothhaltung hinaus.

Am 8. v. M. habe ich der Landesversammlung eine Petition unterbreitet, die vom Gehaltswert des „eigenartigen“ Kammergerichtsbescheides (als Präjudiz) und meinem Schaden handelt.

Die im Hintergrund verborgene Absicht des überhaupt unzulässigen Hinweises auf meine Personalpapiere dürfte hiernach klar sein.

Diesen Vorgang kennt Herr Minister Seevering sicher nicht. Die Unterschrift der „Richtigstellung“ ist zwar keine, aber der Geist ist der mir selber zu genau bekannte, den „biden Bänden“ entstiegene Geist „der geheimräthlichen Rajia“, vor der mich schon seinerzeit der Abgeordnete Bebel warnte. Ihr Hinterhalt war vor dem die Person des Deutschen Kaisers. Sollte sie nun einen sicheren Ort bei dem Herrn Minister von der sozialdemokratischen Partei gefunden haben?

Wer ist nun in dieser Angelegenheit des Herrn Ministers Gewährungsmann, der Geier, der mir hinterwärts an der Leber freisen will!

Der Wahrheit kann nur gedient werden, wenn den beschuldigten Geheimräten und ihren Verbündeten jede Richterlichkeit in eigenen Angelegenheiten entzogen wird.

Diese Sätze, die manchem eigentümlich klingen mögen, die aber nur der Ausdruck für die Gefühlslage jahrzehntelang durch Geheimratsdiktatur unterdrückter und mißhandelter Subalternbeamter sind, sollten nun wohl doch dazu führen, daß die erhobenen Anklagen ernstlicher geprüft werden. Vor allem muß jedoch verlangt werden, daß die Herren Geheimräte nicht zu Richtern in eigener Sache gemacht werden, denn sie halten alle zusammen wie Pech und Schwefel und helfen sich gegenseitig immer wieder aus der Falle, bis ein Minister kommt, der sie beiseite schiebt und sich vertrauensvoll auf die untergeordneten Beamten stützt, die ihm Sachen erzählen werden, daß ihm die Haare zu Berge stehen. Herr Seevering, wollen Sie es nicht einmal probieren?

Feststellung!

Von Martha Eshbach, Berlin.

In der Abendausgabe der Freiheit vom 15. September schreibt ein gewisser Paul Schroer einen längeren Artikel mit der Überschrift: „Zum gegenwärtigen Parteistreit“, dessen Zweck lediglich eine Kritik an der Leitung der Generalversammlung des neunten Distrikts ist. Es muß wirklich große Verwunderung hervorrufen, wenn man weiß, daß ein kurzer Bericht aus dieser Versammlung von der „Freiheit“-Redaktion wegen „Raummangels“ zurückgewiesen wurde, und erst der Weg der Prekommission benutzt werden mußte, um dann einen Bericht von 3 Seiten zuzulassen, während auf der anderen Seite 40 Seiten lediglich einer Kritik Raum gewährt wird.

Zur Sache selbst steht fest, daß der Genosse Däumig in außerordentlich sachlicher Weise sein Referat gehalten hat, während auf der anderen Seite Genossin Zieg mit ihren aggressiv persönlichen Ausführungen, von denen ich als Argument gegen die dritte Internationale nur die „Beitragswirtschaft des Wendelm Thomas mit der Schröder-Rahne“ und die tendenziöse Darstellung über „Erdbeben von 800 Russen“ hervorheben möchte, die größte Erregung der Versammlung hervorgerufen hat. Fest steht auch ferner, daß die Versammlungsleitung wiederholt vollständige Ruhe hergestellt hatte, die weiteren Ausführungen der Genossin Zieg jedoch eine starke Zunahme an die Beibehaltung der Ruhe der Genossen waren, und es auch bei solch wichtigen Partei- und Weltfragen — ich erinnere nur an die Spaltung der Sozialdemokratischen Partei zur U. S. P. D. — nicht unaußersächlich ist, daß die erregten Gemüter aufeinanderprallen. Wer die Psychologie der Arbeiter kennt, wird dies auch ohne weiteres verstehen können.

Im Übrigen möchte ich den Genossen Schroer auf den sonst üblichen Weg verweisen, nämlich an Ort und Stelle seine Beschwerden zum Ausdruck zu bringen.

Wir empfehlen unseren Lesern, neben dieser Erklärung noch einmal die Notiz des Genossen Schroer zu lesen. Wir wissen nicht, ob dieser Genosse für oder gegen die Moskauer Bedingungen ist, aber das eine geht aus der Zuschrift hervor, daß Genosse Schroer ebenso wie vor ihm Genosse Paul Schindler damit nur der sachlichen Erörterung der die Partei bewegenden Probleme dienen wollte.

Um keine irrtümliche Auffassung entstehen zu lassen, sei noch bemerkt, daß nach einer Verständigung mit der Prekommission die Redaktion bei den letzten Auseinandersetzungen von der bisherigen Gepflogenheit abgegangen ist, über die Versammlungen aus den einzelnen Berliner Parteidistrikten nicht zu berichten.

lagt, daß diese nicht die Sprengung des Verbandes, sondern seinen revolutionären Aufbau wollen. Die Versammlung erklärte sich mit dem Referenten Gerling einverstanden und billigte die von diesem aufgestellten Programmpunkte, die folgende sind: 1. Erziehung der Mitglieder zu Klassenbewußten Arbeitern. 2. Abbau der Lehrjahrszucht. 3. Ablehnung sämtlicher Arbeitsgemeinschaften. 4. Wahl politischer Arbeiterräte. 5. Ausbau der Genossenschaften auf dem Boden des revolutionären Räte-systems. 6. Rücktritt der einzelnen Verbandsvorstandsmitglieder, wenn sie nicht mehr das Vertrauen der Mitglieder des örtlichen Zweigvereins haben. 7. Ebenfalls Rücktritt der Zweigvereinsvorstände, Lokalbeamten und Funktionäre, wenn sie die Majorität der Mitglieder nicht mehr hinter sich haben. 8. Wahl eines Gewerkschaftsbeirates, der den Hauptvorstand sowie Verbandsaus-schuss zu kontrollieren hat. 9. Wahl einer Prekominmission, die über die Aufnahme von Artikeln und Berichten entscheidet, Beschwerden zu regeln hat und den Ausbau der Propaganda leitet. 10. Systematisches Einarbeiten auf die Sozialisierung unseres Berufs.

Die Kollegenschaft Deutschlands, die sich mit den Forderungen der Opposition Berlins einverstanden erklärt, wird ersucht, sich mit dem Kollegen Julius Meier, Berlin-Lichtenberg, Grünberger Straße 3, in Verbindung zu setzen, um ein entsprechendes Zusammenarbeiten zu ermöglichen und Vorbereitung für den bevorstehenden Verbandstag zu treffen. Die Preisurteilgeber Berlins bitten die Presse, die dem revolutionären Proletariat freundlich gesinnt ist, um Abdruck der Forderungen.

Arbeitsgemeinschaften

Ueber dieses Thema wird Mittwoch, den 22. d. M., abends 6 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17/18, in einer Versammlung der Afa-Funktionäre und Betriebsräte der Metallindustrie referiert werden. Anschließend werden die Vertreter der sogenannten Afa-Handelsteststellen über ihre bisherige Tätigkeit berichten. Zum Schluß werden verschiedene aus dem jetzt geltenden Tarifverträge entstandene Differenzen behandelt werden. Es ist Pflicht jedes Afa-Funktionärs der Metallindustrie und jedes Betriebsrats, in dieser Versammlung anwesend zu sein. Auf vielfache Anfragen wird gleichzeitig mitgeteilt, daß die Versammlung auf jeden Fall stattfindet.

Afa, Ortskartell Groß-Berlin.

Der Zirkus Sarafani, der am Sonnabend hier im Buschgebäude sein Gastspiel eröffnen will, scheint seine Existenz auf Kosten seiner Angestellten aufbauen zu wollen. Wir hatten schon mitgeteilt, daß die Direktion sich kränkt, den Musikern die tariflichen Löhne zu zahlen. Nun hören wir auch, daß den Kontrollleuten ein Lohn von 3 Mark — in Buchstaben drei Mark — pro Abend angeboten wird. Man wies darauf hin, daß ja das Publikum Trinkgelder gebe. Wir meinen, daß ein Unternehmen sich schämen sollte, seine Angestellten auf Almosen zu verweisen. Bedauerlich ist es aber, daß sich trotzdem Leute finden, die das Engagement unter diesen Bedingungen annehmen. Natürlich waren es jumeist solche, die daraus einen Nebenverdienst machen. Bei der großen Arbeitslosigkeit ist das aber ein Verbrechen gegen die Arbeitslosen. Die Gewerkschaften haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch die Zirkusangestellten nicht Doppelbeschäftigungen haben.

Rohrleger und Helfer, die bisher die ihnen zustehende Streikunterstützung nicht abgehoben haben, werden aufgefordert, bis zum Sonnabend, den 25. September 1920, dieselbe im Verbandsbureau, Pflanzstr. 83/85, Zimmer 10 in der Zeit von 9—4 Uhr zu erheben. Der bis zu diesem Tage die Streikunterstützung nicht erhobene hat, kann auf Auszahlung derselben nicht mehr rechnen.

Groß-Berlin

Dr.-Ing. Adler vom 25er Ausschuss gewählt

Der 25er Ausschuss hat in der zweiten Sitzung für das Verkehrsdezernat Dr.-Ing. Adler gewählt. Der geplante Proteststreik am Mittwoch, den 22. d. M., wird dadurch gegenstandslos und findet nicht statt.

Der verhandlungsführende Ausschuss der Straßenbahner Groß-Berlins.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die Geschäftsleitung Berlin-Brandenburg beschäftigt sich in der letzten Sitzung mit der Delegation zu dem am 12. Oktober stattfindenden Parteitag und empfiehlt den Genossen sowie dem Zentralvorstand, folgende Maßnahmen zu treffen:

Am Sonntag, den 26. September (falls nicht möglich, die nächsten Tage) sollen Bezirksversammlungen stattfinden, in denen jede Richtung bis zu drei Kandidaten, darunter je eine Frau, nominieren.

Am Sonntag, den 3. Oktober findet jodann in den Distrikten Verwahl nach dem Verhältnisystem statt. Jede Richtung stellt eine besondere Liste auf. Auf jeder der Listen werden so viel Kandidaten benannt, wie dem Bezirk rechnungsmäßig zuzuehen. Die Kandidaten müssen mindestens zwei Jahre organisiert oder im anderen Falle seit vier Wochen nach der Entlassung aus dem Heere Mitglied der Partei sein.

Allgemein war man der Meinung, man müsse den Gesamtmitgliedern Gelegenheit geben, ihre Ansicht zum Ausdruck bringen zu lassen, und die Wahl der Delegierten durch Auswahl vornehmen. Die Bezirksorganisation Potsdam 4 und Teltow-Beesow haben in der gleichen Weise beschlossen, ihre Kandidaten durch Urwahl wählen zu lassen, und empfehlen wir, entsprechend dem Vorschlag des Parteivorstandes, den Mitgliedern, die Wahl der Delegierten durch Urwahl stattfinden zu lassen. Die Geschäftsleitung.

Um die Macht im Rathaus

Der Kampf um den Magistrat wächst sich immer mehr zu einem politischen Machtkampf aus. Nicht um die Verteilung von einzelnen Stadtratssitzen handelt es sich, sondern um starke Machtpositionen, die bisher Vertreter der bürgerlichen Klasse für sich in Anspruch genommen haben. Das wissen auch die bürgerlichen Parteien sehr genau, und sie sprechen es ganz offen und deutlich aus. Das geschah erneut in der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung, die den Bericht über die Verhandlungen des Wahlausschusses entgegennahm. Dieser Ausschuss hatte vor der Wenaufhebung nochmals zur Frage des Verkehrsstadtrats Stellung genommen. Herr Professor Giese war der Aufforderung, neben dem Herrn Dr. Adler und einem neu vorgeschlagenen Direktor Schmidt vor dem Ausschuss zu erscheinen, nicht gefolgt. Herr Schmidt hatte seine Kandidatur zurückgezogen. Herr Giese glaubte es nicht nötig zu haben, vor dem Ausschuss zu erscheinen, so daß Herr Dr. Adler allein dem Ausschuss Vortrag hielt. Auf Grund neuer Informationen kam die Mehrheit des Ausschusses dazu, eine Korrektur seines ersten Beschlusses vorzunehmen und an Stelle des Herrn Giese Herrn Dr. Adler zum Verkehrsstadtrat in Vorschlag zu bringen. Die Deutschnationalen beantragten in Rücksicht auf die der Preussischen Landesversammlung vorliegenden Anträge, nur 18 besoldete Stadträte zu wählen, da anzunehmen sei, daß die Landesversammlung beschließen wird, daß unter allen Umständen unbesoldete Stadträte gewählt werden müssen. Herr Stadtverordneter Steiniger (Deutschnat.) gab seine Unzufriedenheit mit den Vorschlägen des Ausschusses kund. Seine Parteifreunde hätten gern mitarbeiten wollen, man mache es ihnen aber unmöglich. Die gemachten Vorschläge seien dem engsten Parteirahmen entnommen, die tüchtigsten Kräfte fehlten. Am schwersten wiege der Vorschlag des Schulrats, der für Groß-Berlin ein schwerer Rückschlag sei.

Herr Stadtverordneter Dr. Leidig (Dtsch. Volkspartei) wies auf die große Bedeutung der Wahl hin, es handle sich um ein

Gemeinwesen, das das größte der Welt sei. Das Ergebnis des Wahlausschusses sei nach jeder Richtung hin unbefriedigend. Die Kommunalpolitik des bisherigen Oberbürgermeisters sei nur im Sinne der Sozialdemokraten gewesen, ihm würde keine Partei die Stimme nicht geben, ebensowenig wie Herrn Dr. Löwenstein. Auch die übrigen Vorschläge fanden bei Herrn Dr. Leidig keinen Anklang. Stadtverordneter Mertens (Dem.) gab das Mißfallen seiner Freunde über die Wahlvorschläge kund. Einer Anzahl Vorschläge könnten seine Parteifreunde zustimmen. Er reichte zu, er warnte und verlangte unter allen Umständen Mitwirkung der bürgerlichen Parteien.

Herr Dr. Schmidt vom Zentrum erklärte, seine Partei vertrete das Recht und mißbillige den Machtspruch, der in den Vordergrund gestellt worden sei.

Stadtverordneter Mündner (Rechtssozialist) sagte den bürgerlichen Parteien, daß man nicht Doktor zu sein brauche und Examina gemacht haben müsse, um würdig befunden zu werden, Mitglied des Magistrats zu sein. Es gäbe auch Leute, die sich in der Praxis des Lebens Kenntnisse und Erfahrung angeeignet haben, die sie ganz besonders befähigten, in der Gemeinde leitend tätig zu sein.

Stadtverordneter Freund (Unabhängig) sagte den bürgerlichen Parteien, daß sie seit Jahrzehnten es gewesen seien, die die Macht für sich ausgenutzt hätten, und zwar rücksichtslos, und die jetzt zeigten, weil die anderen Parteien von ihrer Macht Gebrauch machten. Mit den veränderten Verhältnissen hätten sich die Herrschaften schon abfinden, die Verantwortung für ein sozialistisch geleitetes Gemeinwesen würden seine Freunde voll und ganz übernehmen. In der Abstimmung wird der Antrag, nur 18 besoldete Stadträte zu wählen, gegen die beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt. Heute nachmittag sollen die Wahlen in einzelnen Wahlgängen erfolgen.

Die Bureaucratie in der Schulverwaltung

Wir haben mal eine Revolution gehabt. Doch der alte Geist veränderter bürokratischer Anschauungen herrscht heute noch in den Verwaltungsstellen, insbesondere in der Schulverwaltung. Bekommt da ein 16jähriger Jugendlicher, Lehrling einer Berliner Fabrik, folgendes Schreiben seitens der Fabrik mit der Bemerkung, daß ihr dieses seitens der besagten Behörde zugestellt worden ist:

VI. Städtische Pflichtfortbildungsschule: Berlin, 15. 9. 1920.

für Jünglinge Langestr. 37.

Ihr Lehrling Walter K. ist dreimal zehn Minuten zu spät gekommen. Er ist deshalb nach § 10 des Ortsstatuts betreffend die gewerbliche und kaufmännische Pflichtfortbildungsschule für Jünglinge zu Berlin vom 13. 1. 1913 mit drei Strafstunden bestraft worden, die er am Sonntag, den 19. September 1920 von 2 bis 5 Uhr nachmittags im Schulgebäude, Georgenstraße 2, Zimmer 15, zu verbüßen hat. Hierzu hat er dieses Schreiben, sowie Schreibzeug, Falter und Papier mitzubringen. — Falls er nicht erscheint, erfolgt gegen ihn Anzeige zur polizeilichen Bestrafung.

gez.: Schreandt, Rektor i. V.

Also der junge Mensch, der vor Berlin wohnt, kommt dank unserer schlechten Jugendverbände und Ueberfüllung der Wagen dreimal 5 bis 10 Minuten zu spät; die Schule fängt um 7 Uhr früh an. Zur Strafe soll er an einem Sonntag nachmittags drei Stunden in dumpfiger Studentenluft nachhaken, wo es notwendig ist, die Jugend, die die ganze Woche für kapitalistische Profite in stinkiger Fabrikluft schuftet, der freien Natur zuzuführen, damit sich Geist und Körper härt.

Durch solche Schmierer erwirbt die Verwaltung nicht das Vertrauen der Jugend und diese fordert mit Recht, daß derartige vorurteilliche Bestimmungen umgehend beseitigt werden durch eine Schulverwaltung, die das Vertrauen der Jugend und der Berliner Bevölkerung besitzt.

Katharine Seering, eine alte, treue Parteigenossin, ist am Montag früh im Kirchenparkhaus verstorben. Genossin Seering, die ein Alter von 72 Jahren erreicht hat, ist den Genossinnen und Genossen im vierten Distrikt und auch weit darüber hinaus bekannt. Seit circa 50 Jahren lebte und strebte sie für den Sozialismus. Sie hat an dem Aufbau der Gewerkschaften mitgewirkt, ebenso wie sie in der Frauenbewegung ihren Anteil an reichlicher Arbeit hatte. Einstmals in besseren Verhältnissen, lebte sie in den letzten Jahren in bitterster Armut; aber sie verzagte nicht und fühlte sich um so mehr zum Proletariat hingezogen. Nur die Folgen des Alters zwangen sie, die selbst in den Kriegsjahren treu zur Fahne des wahren Sozialismus hielt, sich von der Arbeit zurückzuziehen. Ihr Vorbild leuchtete den Lebenden anfeuernd voran! — Die Einäscherung findet am Donnerstag mittags 1 Uhr im Krematorium in der Gerichtstraße statt.

Das „Proletarische Theater“ eröffnet, wie bereits bekanntgegeben, seine Spielzeit am 14. Oktober 1920. Die Vorstellungen finden statt: 1. 14. Oktober, Chausseest. 94; 2. 15. Oktober, Chausseest. 94; 3. 16. Oktober, Engel-Ufer 15; 4. 20. Oktober, Müllerstraße 142; 5. 21. Oktober, Halensheide 13; 6. 22. Oktober, Wicelstraße 24; 7. 27. Oktober, Müllerstr. 142; 8. 28. Oktober, Halensheide 13; 9. 29. Oktober, Wicelstr. 24; 10. 30. Oktober, Engel-Ufer 15.

Karten sind zu haben bei den folgenden Stellen: Kotzen: Danziger Str. 71, Kling (Lokal); Tegeler Str. 15, J. B. d. Kriegssporler; für Arbeitslose, Pflanzstr. 84, Metallarbeiterverband; Nordosten: Hufelandstr. 32, Paris (Lokal); Zentrum: Breite Straße 8-9, Buchhandlung „Freiheit“; Mühlstr. 24, Zentrale der Betriebsräte; Schildstr. 5-8, Arbeiter-Bildungsschule; Klosterstr. 92, Erwerbslosenrat (für Arbeitslose); Osten: Weberstraße 6, Boh; Barshauer Str. 62, Buchhandlung Friß Kater; Südoften: Engelauer 15, Buchbinderverband; Köpenicker Str. Nr. 108, „Sportshaus Richte“; Südwesten: Wilhelmstr. 28, 4 (4-6); Nordwest: Pflanzstr. 28, Käte-Zeitung; Lichtenberg: Gürtelstr. 25, Buchhandlung „Neukölln“; Reglin, Schönleinstr. 24; Charlottenburg: Galvanstr. 1, Schwarting (Laden); Schöneberg: Apostel-Paulustr. 33, Baum; Köpenick: Kaiserin-Augusta-Viktoriastr. 8, Jüdisch. Die Preise für die Vorstellungen im Oktober sind: für Arbeitslose 1 M.; für Nichtorganisierte 5 M.; für Organisierte 3 M. Ferner sind Karten zu haben bei den Funktionären in den Organisationen und Betrieben.

Eine Neuheit der SPD. Die die „Wilm. Jg.“ zuverlässig erfahren haben will, ist der stellvertretende Wilmersdorfer Stadtverordneter Behrens, epp. Sekretär der Reichsversicherungsanstalt, aus der rechtssozialistischen Partei ausgeschieden. Einer der Gründe des Austritts, so betont das Blatt, ist das Verhalten der SPD. in der Eingekündigungsfrage Groß-Berlins, besonders in dem Falle Dr. Löwenstein. Behrens wird sich der Deutschen Volkspartei anschließen. — Herr Behrens, wahrscheinlich ein Novembersozialist, der es sehr schnell zu einer Würde in der Partei gebracht hat, verläßt also diese Partei, weil sie sich auf eine energische Politik einläßt. Sollte die SPD. nicht noch mehrere solcher „Sozialdemokraten“ zu ihren Mitgliedern zählen?

Das Resultat der Niederbarnimer Kreiswahl liegt jetzt vollständig vor bis auf den Bezirk Alt-Landberg, wo ein Kandidat zu wählen ist. Es sind gewählt: 10 Rechtssozialisten, 10 Unabhängige, 10 Deutsche Volksparteier, 7 Deutschnationale und 3 Demokraten. Die Kandidaten der Unabhängigen entfallen auf folgende Wahlbezirke: Beraun, Drantenburg, Landsdorf, Gersdorf, Kallberge und die Wahlbezirke 1, 2, 4, 5, 6, wo je ein Mandat für unsere Partei errungen wurde. Es besteht nun noch keine bürgerliche oder sozialistische Mehrheit; Landberg gibt hier erst den Ausschlag.

Die vom Verband sozialistischer Lehrer einberufene Versammlung, die am Mittwoch in der „Neuen Welt“ mit einem Referat des Gen. Dr. Löwenstein stattfand, konnte umständehalber erst am Freitag abend stattfinden.

Die Adresse der russisch-technischen Staatskommission für die Auswanderung deutscher Arbeiter nach Sowjet-Russland ist nicht, wie in der Nr. 894 der „Freiheit“ irrtümlich angegeben wurde, Pflanzstr. 87, sondern Berlin NW 8, Luisenstr. 28.

Studien-Ateliers für Malerei und Plastik, Charlottenburg, Kantstr. 159. Die Besucher der Arbeiterkurse werden gebeten, zwecks Ausstellung ihrer Arbeiten, einschließlich der selbständig angefertigten, bis zum 1. Oktober zur Sichtung mit Namen einzuliefern. Die Kurse beginnen wieder am Montag, den 4. Oktober, abends 7 Uhr. Das Honorar beträgt für Volksschüler M. 35.—, für drei Tage der Woche M. 25.—.

Stizien und das Vulkangebiet Süditaliens lautend das Thema des mit zahlreichen farbigen Lichtbildern ausgestatteten Vortrages, den Herr Max Reutwich am heutigen Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, im großen Hörsaal der Trepow-Sternmarie hält.

Verloren. Sonntagnacht sind auf dem Wege Büchstraße, Rottbäcker Damm und Weiserstraße (Sektarten der Volksbühne (eingeschriebene Nummern) verlorengegangen. Der Finder wird gebeten, die gegen Belohnung bei Schner, Neukölln, Sobbinstraße 8, abzugeben.

Aus den Organisationen

1. Bezirk, Donnerstag, 7 Uhr, Fortbildungskurs, Weichstr. 5, Stief. — Freitag, 6 1/2 Uhr, pünktlich, Hubert Krause, Bergmannstraße, Generalversammlung, dritte Internationale. Referent Genosse Kändler, Referent Genosse W. Hoffmann. Legitimation: Mitgliedskarte.

2. Bezirk, 1. Abteilung, Donnerstag, 3. September, Zusammenkunft der Bezirksleiter und Stellvertreter, abends pünktlich 7 Uhr bei Kaufh., Kreuzbergstraße 2.

3. Bezirk, Donnerstag, 7 Uhr, Vorkonferenz der Kreis- und Gewerkschaftskommission bei Kellner, Schillerstraße 46.

4. Bezirk, Elternbeiräte, Freitag, 7 Uhr, in der Schule Reichenberger Str. Nr. 44-45, Pflanzstr. 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

5. Bezirk, Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr bei Gallus, Bernauerstraße 20, erweiterte Vorstandssitzung mit Abteilungsleitern und Bezirksabteilern der einzelnen Kommissionen.

6. Bezirk, Donnerstag, abends 7 Uhr, Elternbeiräte, Schulkommissionenmitglieder und Mitglieder der kommunalen Kommissionen, Schulaula Weststr. 49, Vortrag des Genossen Hübener über „Schulprogramm“.

7. Bezirk, Freitag, 7 1/2 Uhr, Gewerkschafts- und Kreis-Kommissionen bei Rüdiger, Barshauer Str. 17.

8. Bezirk, Politische Kommissionen der 6. und 7. Abteilung, Donnerstag, 7 Uhr bei Rüdiger, Köpenicker Str. 2.

9. Bezirk, Frauenarbeitskommissionen, Sitzung am Donnerstag, den 23. d., abends 7 Uhr, Grotzer Str. 1, bei Kellner.

10. Bezirk, Freitag, den 24. d., bei Kellner, Wilmstr. 12, pünktlich 7 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Funktionärinnen — auch alle in den Kommissionen tätigen Frauen — zwecks Aussprache über die Aufgaben der Frauenarbeitskommissionen.

11. Bezirk, Donnerstag, abends 7 Uhr bei Rüdiger, kommunale Kommissionen. Auch die neuen Mitglieder müssen erscheinen.

12. und 13. Bezirk und Charlottenburg, Bildungsausschüsse, Donnerstag, 7 Uhr bei Rüdiger, Köpenicker Str. 10, bringende Beipropfung der Objekte, Kallierer und Kalliererinnen.

14. Bezirk, Freitag, Mittwoch abend, Vorstandssitzung bei Rüdiger, Köpenicker Str. 17.

15. Bezirk, Donnerstag, 6 1/2 Uhr, vier öffentliche Versammlungen der bürgerlichen Parteien in folgenden Reihen: 1. Grotzer Str. 1, Reichsverband, Reichsstatistik; 2. Lagerstr. 10, Reichsverband, Reichsstatistik; 3. Lagerstr. 10, Reichsverband, Reichsstatistik; 4. Lagerstr. 10, Reichsverband, Reichsstatistik. Für Referat haben die Genossen zu sorgen.

Frauenarbeits- und Kinderarbeitskommissionen. Wir möchten noch einmal darauf hinweisen, daß die Sitzungsliste der Frauenarbeitskommission des 1. Distrikts am diesem Donnerstag, pünktlich 6 Uhr in der Arbeiterbildungsschule, Schillerstraße 56, mit dem Vortrag des Genossen Rüdiger über: „Berufsbildung und Jugendberufshilfe“, beginnt. Der Besuch ist kostenlos und alle Genossinnen, auch die der anderen Distrikte, herzlich eingeladen. Besonders von den Frauenarbeits- und Kinderarbeitskommissionen, sollte kein Mitglied fehlen.

Verwaltungsbeirat (Kantow, Niederbarnimer usw.). Am Sonntag, den 20. September, vormittags 9 1/2 Uhr in Kantow, Schulaula Grundschule, Konferenz der Ortsgruppen des Verwaltungsbeirates 10, welche sich mit der Beilegung des Rechtsstreits beschäftigen wird. In dieser Konferenz sind die einzelnen Ortsgruppen mit je 2 Mitgliedern zu vertreten. Des weiteren sind zur Teilnahme verpflichtet die Vorsitzenden und Kassierer der einzelnen Ortsgruppen, die Leiter der kommunalen Kommissionen und die gewählten Bezirksvorstände. Distrikt Niederbarnimer/West. Am Sonnabend, abends 6 Uhr in Kantow, Schulaula, Grundschule, Distriktskonferenz, Tagesordnung: 1. Der denachstehende Parteitag, 2. Stellungnahme zur Urwahl, 3. Aufstellung der Kandidaten. Die Ortsgruppen werden hiermit aufgefordert in dieser Tagesordnung Stellung zu nehmen und Vorschläge für die Kandidaten am Sonnabend einzubringen. Teilnahmeberechtigt an der Konferenz sind: Die Distriktsleitung, die Vorsitzenden und Kassierer der einzelnen Orts- und lehrer sämtliche Mitglieder der Distriktskommissionen. In die Distriktskommissionen delegieren die einzelnen Ortsgruppen bis 20 Mitglieder 1 Delegierten, bis 50 2 Delegierten und für jede weiteren 50 Mitglieder 1 Delegierten mehr. Sämtliche Ortsgruppen des Distrikts müssen vertreten sein.

Verbandsbeirat. Mitgliederversammlung für die am Sonntag, den 20. September, im Kreis Teltow-Beesow stattfindenden Kreiswahl, ja, wie weit nach nicht geschieden, umgehend im Bezirksbureau Kantow in Empfang zu nehmen.

Wilmersberg, Frauenarbeitskommissionen, Donnerstag, 7 Uhr, Cecilia-Vogel, Sitzung.

Wilmersberg, Elternbeiräte, Sitzung der Objekte sämtlicher Schulen, Freitag, 7 1/2 Uhr im Cecilia-Vogel, Gellingshof. Alle Schulen müssen vertreten sein.

Wilmersberg, Mittwoch, 4 Uhr, Frauenleben im Gewerkschaftshaus.

Groß-Berliner, Donnerstag, 7 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Vortrag: Stellungnahme zur dritten Internationale. Referenten